



Vorgestellt: **Freke Over**

Zwei Sitze, aber politisches Gewicht

Mit Freke Over kehrt ein erfahrener Kommunalpolitiker in die Rheinsberger Stadtverordnetenversammlung zurück.

Der in Wolfsburg geborene Over hat eine ungewöhnliche politische Biografie. In den 1980er Jahren engagierte er sich in der Anti-Atomkraft-Bewegung, nach der Wende gehörte er zur Berliner Hausbesetzer-Szene. Von 1995 bis 2006 saß er für die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus.

Seit 2006 lebt er in der Rheinsberger Region und betreibt in Luhme das Ferienland Luhme, einer Ferienanlage auf dem Gelände des früheren Betriebsferienlagers des Konsum Berlin. Kommunalpolitik gehört für Over seit Jahren zum politischen Alltag. Er war Stadtverordneter in Rheinsberg und Kreistagsabgeordneter in Ostprignitz-Ruppin, zeitweise auch Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag. Ein Schwerpunkt war bereits früh der öffentliche Nahverkehr. Bereits 2007 forderte er einen Ringbus für Rheinsberg und eine bessere Verknüpfung von

Bus und Bahn. Die Frage, wie Rheinsberg und seine Ortsteile erreichbar bleiben, ist bis heute aktuell.

Over denkt allerdings selten in einfachen politischen Fronten. Schon 2019 setzte er sich mit ungewöhnlichen kommunalpolitischen Konstellationen auseinander – unter anderem mit der zeitweiligen gemeinsamen Fraktion von Linken und FDP und seine Vereinbarung mit der Kreis-CDU. In der letzten Legislatur der SVV Rheinsberg gab es regelmäßig gemeinsame Sitzungen der demokratischen Fraktionen und auch gemeinsame Anträge. Entscheidend sind für ihn konkrete Sachfragen und dafür organisierbare Mehrheiten. Das gilt auch für sein Engagement für queere Menschen im ländlichen Raum. Over gehörte zu den Organisatoren des ersten CSD in Rheinsberg und engagierte sich auch 2025 und 2026 wieder im Organisationsteam.

Nun ist er nach dem Ausscheiden von Mario Störck in die Stadtverordnetenversammlung zurückgekehrt – und trifft dort auf eine

politisch besonders interessante Situation. Die Linke verfügt lediglich über zwei Sitze. Die BVB/Freie-Wähler-Fraktion des Bürgermeisters Frank Schwochow hat keine eigene Mehrheit.

Genau darin könnte Overs politisches Gewicht liegen. Er versteht sich nicht als grundsätzlicher Gegner des Bürgermeisters. Was funktioniert, erkenne er an, sagt er. Gleichzeitig wolle er dem Bürgermeister „auf die Finger schauen“, wie die MOZ ihn kürzlich zitierte. Kontrolle, Transparenz und Beteiligung sind für ihn keine Nebensachen.

Das Verhältnis zwischen Over und Schwochow ist allerdings seit Jahren konfliktbelastet und hat sich teilweise bis auf die persönliche Ebene zugespitzt. Schwochows jüngster Versuch, Over aus dem Aufsichtsrat der Rewoge zu entfernen, zeigt, dass die Rückkehr des erfahrenen Kommunalpolitikers nicht ohne Reibung bleiben dürfte.

Over will sich unter anderem mit Haushalt, Rewoge, kommunalem Eigentum, sozialer Infrastruktur, ÖPNV und Transparenz



beschäftigen. Dabei setzt er auf eigene Sachpositionen der Linken und – wo es inhaltlich passt – auf wechselnde Mehrheiten. In einer zerklüfteten Stadtverordnetenversammlung können zwei Stimmen durchaus Gewicht bekommen. Freke Over kommt jedenfalls nicht zurück, um einfach nur Opposition zu machen. Er kommt zurück, um zu kontrollieren, eigene Positionen einzubringen – und Mehrheiten für konkrete politische Vorhaben zu organisieren.

■ Gerlinde Krahnert

Jetzt muss der Landrat beweisen, was seine Wahlversprechen wert sind

Ralf Reinhardt trat am 1. Oktober 2026 seine neue Amtszeit als Landrat in OPR an. Bei der Stichwahl im Juni erhielt er 22.932 Stimmen, sein Gegenkandidat Torsten Arndt (AfD) 14.938.

Die Linke wird den Finger auf jeden Posten legen und mit allen Mitteln darauf hinwirken, dass der Landkreis sozialer wird, die medizinische Versorgung gesichert, Altersarmut zurückgedrängt,

Wohnen bezahlbar, Mobilität verbessert, dem Rechtsruck entgegengewirkt wird, die Schulen verbessert, Geflüchtete integriert werden. All das hat der Landrat in seinem Wahlkampf

versprochen. Am Ende der Amtszeit wird er sich daran messen lassen müssen. Wir nehmen ihn beim Wort.

■ red.

So sehe ich das:

Ökonomischer Unsinn und ökologischer Irrsinn: Das geplante Giga-Rechenzentrum in Freyenstein

Der Bau von Rechenzentren soll beschleunigt werden, vor allem in Ostdeutschland. So steht es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Na ja, könnte man meinen, endlich mal Investitionen in den Osten. Das kurbelt die Wirtschaft an. Ein fettes NEIN dazu kommt ausgerechnet von einem Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband, dem Dachverband AWSA in Sachsen-Anhalt. Seine Gründe: Von den hohen Anfangsinvestitionen profitieren die Regionen nur wenig. Die Anzahl von Arbeitsplätzen steigt nur geringfügig und die am besten bezahlten davon sind nicht an den Standort gebunden. Folgearbeitsplätze gibt es kaum, es entsteht keine relevante Wertschöpfungskette um ein Rechenzentrum herum. Deshalb: Die Degradierung

„des Ostens“ zur verlängerten Werkbank westdeutscher Industrien wird mit der Lenkung der Rechenzentren in den Osten zementiert, kritisiert der Verband. Das sind harte Worte, ausbuchstabiert in einem „Factsheet“ zur Pressemitteilung am 14. April 2025. Es ist sehr lesenswert.

Zu dem ökonomischen Unsinn kommt auch noch der ökologische Irrsinn von Lobbyministerin Katharina Reiche. Bisher mussten diese gigantischen Energiefresser nachweisen, dass die Wärme, die durch den Betrieb entsteht, sinnvoll genutzt wird, und notfalls selbst die Voraussetzungen dafür finanzieren. Nach der Novelle des Energieeffizienzgesetzes soll die Abwärme nur noch genutzt werden müssen, wenn große Wärmenetze vorhanden



sind. Wo gibt es die? In städtischen Regionen. Alle anderen haben nichts mehr davon, im Gegenteil, die Abwärme geht frei in die Umgebung, wenn sich andere Nutzungen für den Betreiber nicht rechnen. Und Freyenstein? Wenn über die Ansiedlung des gigantisch großen Rechenzentrums beraten und entschieden wird, sind alle Verantwortlichen – auch von der Linkspartei – gut beraten, sich nicht blenden zu lassen von aufgeblasenen Arbeitsplatzversprechungen. Hört den Gegnern gut zu, möchte ich

ihnen zurufen. Guckt ins Maintal, wo es schon viel Erfahrung mit den Folgen der Rechenzentren gibt und hört euch die Berichte aus den USA an, wo es massenhafte Proteste wegen der enormen Belastungen für Umwelt und Anwohner gibt. Außerdem müssen wir grundsätzliche Fragen stellen: Wer will diese Datenmengen und wofür? Bringt KI und Digitalisierung den Fortschritt, den wir brauchen? Wer profitiert davon, wer verliert?

■ ■ bms

Die Linke für Moratorium zur Genehmigung von Rechenzentren

Die Fraktion Die Linke im Bundestag hat einen Antrag mit dem Titel „Kein grenzenloser Ausbau von Rechenzentren – Echte Nachhaltigkeitsstandards

gewährleisten“ für ein Moratorium zur Genehmigung von Rechenzentren eingereicht. Vor dem Bau neuer Anlagen solle eine „belastbare Bedarfs- und

Kapazitätsanalyse“ stehen. Genehmigungen sollten unter einer „strengen Abwägung“ zwischen den Umwelt- und Versorgungspunkten (wie z. B. dem

Verbrauch von Strom und Wasser) sowie dem gesellschaftlichen Nutzen und tatsächlichen Bedarf, stattfinden.

■ ■ red.

Flüchtlingsschutz verteidigen

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind nicht verhandelbar. Das betonen die Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL nach ihrem Treffen in Halle. Angesichts des Erstarkens autoritärer und rechtsextremer Kräfte warnen sie davor, Flüchtlingsschutz zum politischen Testfeld für Entrechtung zu machen.

Auch Brandenburg steht vor konkreten Problemen: Geflüchtete finden kaum bezahlbaren Wohnraum, bleiben häufig sehr lange in Gemeinschaftsunterkünften und sind durch Wohnsitzauflagen in

ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt. Der Flüchtlingsrat Brandenburg fordert deshalb bessere Unterstützung beim Übergang in eigenen Wohnraum.

Die Botschaft: Flüchtlingsschutz gründet auf Menschenrechten und rechtsstaatlichen Verpflichtungen – nicht auf politischen Mehrheiten.

Eine demokratische Gesellschaft braucht deshalb Schutz für Geflüchtete und eine starke und solidarische Zivilgesellschaft.

■ ■ red.



Am 25. September wurde durch Landrat Ralf Reinhardt die Interkulturelle Woche in OPR offiziell eröffnet. Auf dem Gelände des Übergangswohnheimes an der Alt Ruppiner Allee in Neuruppin erwartete alle ein abwechslungsreiches Programm. Bewohner:innen gestalteten ein internationales Buffet (sehr lecker).



Verschiedene Trägervereine, Organisationen und Institutionen boten zum Beispiel Sportstationen, eine Hüpfburg, jede Menge Unterhaltung, Möglichkeiten zum aktiven Mitmachen, Infos und mehr an.

■ ■ red.

Wie Landtagswahlen die Republik verändern

Sachsen-Anhalt: Linke will soziale Alternative bleiben

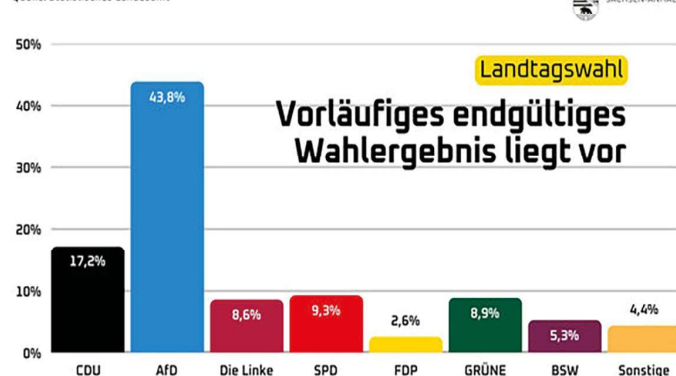
Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat die politischen Kräfteverhältnisse deutlich verändert. Die AfD wurde mit 43,8 Prozent stärkste Kraft und verfügt künftig über 39 der 83 Landtagssitze. Die CDU kommt auf 17,2 Prozent, SPD auf 9,3, Grüne auf 8,9 und Die Linke auf 8,6 Prozent. Das BSW erreicht 5,3 Prozent.

Die Linke verlor gegenüber 2021 2,4 Prozentpunkte und verfügt künftig über acht Sitze. Gleichzeitig erhielt sie rund 112.500 Erst- und knapp 158.000 Zweitstimmen. In Magdeburg und Halle gewann sie drei Direktmandate.

Parteivorsitzende Ines Schwerdtner sprach nach der Wahl davon, dass Die Linke weiterhin eine starke Stimme gegen den Rechtsruck sein müsse. Fraktionsvorsitzende Heidi Reichinnek bezeichnete das Ergebnis als enttäuschend und kündigte an, weiterhin für soziale Themen und die Interessen der Menschen in Sachsen-Anhalt einzutreten.

Für Die Linke beginnt damit die Arbeit in einer deutlich veränderten politischen Landschaft. Im Mittelpunkt stehen nach Angaben der Parteiführung soziale Sicherheit, gute Arbeitsbedingungen und der Kampf gegen

Quelle: Statistisches Landesamt



einen weiteren Rechtsruck. Die Partei will dabei insbesondere Menschen erreichen, die aus sozialen Gründen oder aus Un-

zufriedenheit mit der Politik zur AfD gewechselt sind.

■ Gerlinde Krahnert

Mecklenburg-Vorpommern: Ein schwieriges Ergebnis – und ein klarer Auftrag

Mit 6,5 Prozent und künftig fünf Sitzen verliert Die Linke gegenüber 2021 deutlich. Zugleich bleibt sie politisch relevant: Gemeinsam mit SPD und Grünen verfügt sie über eine rechnerische Mehrheit. Die CDU verfehlte erstmals in ihrer Geschichte die 5%-Hürde.

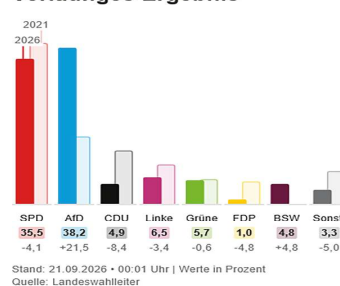
Dass die AfD mit 38,2 Prozent stärkste Kraft wurde, ist ein Warnsignal. Die Linke muss ihre Niederlage ehrlich auswerten und zugleich in möglichen Regierungsverhandlungen soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge und demokratische Stabilität verteidigen. Sozialkürzungen und eine

Militarisierung darf es mit ihr nicht geben.

Für Brandenburg lautet die zentrale Lehre: Soziale Themen müssen im Alltag der Menschen sichtbar, glaubwürdig und konsequent vertreten werden.

■ Gerlinde Krahnert

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026
Vorläufiges Ergebnis



Berlin: Ein Signal, das über die Hauptstadt hinausgeht

Die Berliner Abgeordnetenhauswahl ist für Die Linke ein politischer Einschnitt. Mit 25,7 Prozent wird sie erstmals stärkste Kraft im Berliner Parlament – deutlich vor CDU und SPD. Zugleich stieg die Wahlbeteiligung auf 75 Prozent.

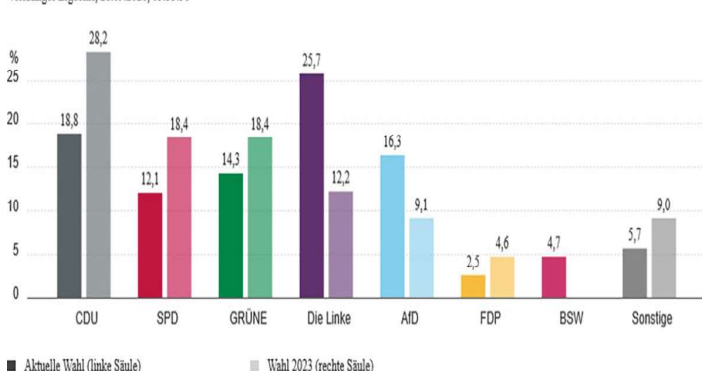
Das Ergebnis zeigt: Soziale Fragen können Wahlen entscheiden. Mieten, bezahlbares Leben, öffentliche Daseinsvorsorge und der Kampf gegen den Rechtsruck gehörten zu den zentralen Themen der Linken. Bemerkenswert ist dabei, dass sie nicht nur in den traditionellen Hochburgen des Ostens erfolgreich war, sondern auch in vielen

Teilen West-Berlins zulegen konnte.

Spitzenkandidatin Elif Eralp erklärte am Wahlabend: „Ab heute verändern wir gemeinsam unser Berlin“ und sprach von einem Berlin, in dem „Liebe und Gerechtigkeit“ über den Hass gewonnen hätten.

Das Ergebnis ist zugleich ein Auftrag. Die Linke muss nun zeigen, dass aus Wahlversprechen konkrete Verbesserungen im Alltag werden können. Dazu gehören bezahlbare Wohnungen, ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr, gute Bildung und soziale Sicherheit. Die Regierungsbildung wird zeigen, welchen Weg

Zweitstimmen
Wahl zum 20. Abgeordnetenhaus von Berlin am 20. September 2026, Berlin
Vorläufiges Ergebnis, 21.09.2026, 03:33:56



© Der Landeswahlleiter für Berlin/Anst für Statistik Berlin-Brandenburg

Berlin einschlägt. Für die Linke in Brandenburg ist Berlin deshalb mehr als ein Nachbarland: Das Ergebnis macht sichtbar, dass soziale Politik, klare Haltung gegen rechts und

eine starke Verankerung vor Ort auch unter schwierigen politischen Bedingungen Menschen erreichen können.

■ Gerlinde Krahnert

Die OASE muss bleiben

Eine Stadt zeigt ihren sozialen Charakter nicht an großen Bauprojekten und wohlklingenden Konzepten. Sie zeigt ihn dort, wo Menschen leben, die sonst leicht übersehen werden – und daran, ob sie Verantwortung übernimmt, wenn ein unverzichtbarer Ort bedroht ist.

Die OASE in Neuruppin ist ein solcher Ort. Hier wird gemeinsam gegessen, gespielt, gelacht und geredet. Einsame Menschen finden Gesellschaft, Bedürftige konkrete Hilfe und viele Besucherinnen und Besucher

ein Stück Zuhause. Die OASE ist kein Luxus und kein beliebiges Angebot. Sie ist soziale Infrastruktur – täglich, unmittelbar und für Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Doch dieser Ort ist bedroht. Rund 1.000 Euro Warmmiete im Monat, dazu weitere Kosten – und kaum verlässliche finanzielle Unterstützung. Die Arbeit wird vor allem von Ehrenamtlichen getragen. Sie leisten, was eine solidarische Gesellschaft nicht dem Zufall überlassen darf.

Das ist auf Dauer nicht hinnehmbar!

Ein Ort, der Einsamkeit lindert, Menschen auffängt und Gemeinschaft schafft, darf nicht an fehlender Planungssicherheit scheitern. Soziale Orte dürfen nicht davon abhängen, wie lange Ehrenamtliche und Spenderinnen und Spender die Lücken staatlicher Unterstützung schließen können. Wer die OASE erhält, bewahrt nicht nur Räume, sondern Würde, Teilhabe und Zusammenhalt.

Die OASE macht täglich

vor, was Solidarität bedeutet. Jetzt müssen Stadt, Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft handeln: mit verlässlicher finanzieller Unterstützung, klarer Verantwortung und einem eindeutigen Bekenntnis zum Fortbestand dieses Ortes.

Die OASE muss bleiben. Nicht irgendwann, nicht nur mit guten Worten, sondern jetzt – weil Menschlichkeit einen Ort braucht und Neuruppin diesen Ort nicht verlieren darf.

■ ■ Gerlinde Krahnert

„Unser größtes Problem ist die Finanzierung“

Interview mit Antje Teuffert



Mit welchem Ziel habt Ihr die OASE gegründet?

Die OASE öffnete im Juni 2025. Wir waren damals 13 Menschen mit dem Ziel, eine Begegnungsstätte zu schaffen, in der sich niemand ausgegrenzt fühlt und Unterstützung bekommt. Vor allem wollten wir Einsamkeit verringern und Teilhabe ermöglichen. Armut und gesundheitliche Probleme – auch psychische – drängen Menschen an den Rand der Gesellschaft. Deshalb bieten wir vielfältige, meist kostenlose oder sehr günstige Angebote an. Ein Stück selbstgebackener Kuchen kostet zum Beispiel einen Euro. Bei uns soll jeder am Kaffeetisch das Gefühl haben, willkommen zu

sein. Wir wollen einladen statt ausgrenzen.

Was konntet Ihr bereits bewirken?

Im ersten Monat kamen 46 Besucher:innen, inzwischen sind es rund 320 Gäste im Monat. Auch die Mitgliederzahl ist von 13 auf mehr als 100 gestiegen. Unser Angebot entwickeln wir danach, was die Menschen brauchen.

An Weihnachten hatten wir an allen drei Feiertagen geöffnet. Wir konnten zehn Kilo Wiener, 15 Liter Kartoffelsalat und zehn Stollen kostenlos anbieten und kleine Geschenke verteilen.

Heute gibt es unter anderem Spielenachmittage, Klönzeiten und jeden Donnerstag selbstgekochten Eintopf. Wir helfen bei Anträgen, begleiten Menschen zum Arzt oder erledigen Einkäufe. Wenn wir länger nichts von einem Gast hören, kümmern wir uns. Für Menschen mit wenig Geld gibt es außerdem Friseur- und Nagelpflege gegen eine kleine Spende.

Auch politisch konnten wir etwas erreichen: Gemeinsam mit dem Landrat und der ORP haben wir einen zusätzlichen Bus um 16.20 Uhr vom

Bahnhof West erreicht. Für viele Senior:innen aus dem Viertel bedeutet das eine erhebliche Erleichterung.

Mit welchen Problemen kämpft Ihr?

Armut und Gesundheit sind immer auch politische Themen. Gerade ältere oder behinderte Menschen werden zu oft vergessen. Genau deshalb gibt es die OASE.

Unser größtes Problem ist die Finanzierung. Wir arbeiten mit acht Ehrenamtlichen und zwei MAE-Kräften. Viele Förderprogramme finanzieren lieber zeitlich begrenzte Projekte als dauerhaftes Engagement. Die laufenden Kosten – etwa Miete und Betriebskosten – müssen wir deshalb über Spenden finanzieren.

Wie kann man Euch unterstützen?

Am wichtigsten wäre eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung. Natürlich freuen wir uns auch über Spenden. Wer uns unterstützen möchte, kann Mitglied werden – die Mitgliedschaft ist kostenlos, damit niemand ausgeschlossen wird.

Und am einfachsten: Kommt

vorbei! Auf einen Kaffee oder ein Stück Kuchen in der OASE, Präsidentenstraße 77 in Neuruppin.

■ ■ Das Gespräch führte Beni Kurz, Vorsitzender des Stadtverbandes der Linken Neuruppin.

(Antje Teuffert ist Dipl.-Kaufrau und Sozialmanagerin. Die 52-Jährige leitete das Mehrgenerationenhaus in der Krümelkiste Neuruppin und arbeitete als Quartiersmanagerin im Neuruppiner Neubaugebiet WKI – WKIII, bevor sie die OASE mitgründete. Ihr Lebensmotto begleitet sie seit ihrer Kindheit: „Ich kann die Welt nicht heilen, aber ich kann sie etwas heiler machen.“)

Mehr Informationen:

oase-neuruppin.de

Unterstütze die OASE mit einer Spende:

OASE e. V.

IBAN: DE59 1605 0202 1001 0638 36

Kreditinstitut: Sparkasse OPR

Verwendungszweck: Rettet die OASE

Mitreden, mitentscheiden, mitgestalten

Bürgerhaushalt Neuruppin: 1.512 Menschen bestimmen mit, was in ihrer Stadt wichtig ist

Was braucht Neuruppin? Wo soll investiert und was soll verbessert werden? Beim Bürgerhaushalt können die Einwohnerinnen und Einwohner selbst Antworten auf diese Fragen geben. Für den Bürgerhaushalt 2027 haben sich 1.512 Menschen an der Abstimmung beteiligt – deutlich mehr als im Vorjahr, als 1.369 Stimmen abgegeben wurden.

Das Votum ist eindeutig: 557 Stimmen erhielt die geplante Fitnessstation in Alt Ruppín und damit Platz eins.

Auf Platz zwei folgt mit 493 Stimmen die Erhaltung und Instandsetzung des Uferwanderweges von Wuthe-now über Gnewikow nach Karwe. 316 Stimmen entfielen auf den Vorschlag, einen Trinkwasserspender auf dem Brasch-Platz in der Neuruppiner Innenstadt zu errichten. Hinter diesen Zahlen stehen ganz unterschiedliche Bedürfnisse: Bewegung und Gesundheit, gut erhaltene Wege und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Gerade das macht einen Bürgerhaushalt interessant. Er gibt den Menschen die Möglichkeit, nicht nur über Politik zu diskutieren, sondern konkret mit-

zuentscheiden, was in ihrer Stadt passieren soll.

Das ist kommunale Demokratie ganz praktisch. Denn Beteiligung lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger erfahren: Meine Stimme wird gehört und kann etwas bewirken.

Das für die drei ausgewählten Projekte nicht benötigte Geld bleibt im Bürgerhaushalt und wird in das Budget des nächstmöglichen Bürgerhaushalts übertragen. Und die Beteiligung geht weiter: Bis zum 28. Februar 2027 können neue Projektvorschläge eingereicht werden. Der Bürgerhaushalt ist damit mehr als eine Abstimmung



über einzelne Projekte. Er ist eine Einladung, sich einzumischen, Ideen einzubringen und Neuruppin gemeinsam mitzugestalten.

■ ■ Jürgen Schubert

Bürgermeisterwahl in Kyritz: Kommen Sie ins Gespräch!

Kandidatengespräche zur Bürgermeisterwahl in Kyritz
Zuhören. Fragen. Gemeinsam ins Gespräch.

Drei Termine – eine Stadt!

 Sandra Meyer Kyritz macht	 Melanie Brandenburg Einzelbewerberin	 Hans Joachim Wilke CDU
Montag, 19.10.2026 18 Uhr	Dienstag, 20.10.2026 18 Uhr	Dienstag, 27.10.2026 18 Uhr

Kyritzer LINKSeck
Wilsnacker Straße 1, 16666 Kyritz

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Unser Regionalverband Die Linke Kyritz-Neustadt-Wusterhausen lädt zu den öffentlichen Kandidatengesprächen mit den Bewerberinnen und Bewerbern für das Amt der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Kyritz ein.

Die Linke
Regionalverband
Kyritz-Neustadt-Wusterhausen

Am 8. November wählen die Bürgerinnen und Bürger von Kyritz eine neue Bürgermeisterin oder einen neuen Bürgermeister. Zur Wahl stehen Marcel Gaszczak (AfD), Sandra Meyer (Kyritz macht), Melanie Brandenburg (Einzelbewerberin) und Hans Joachim Wilke (CDU). Sollte eine Stichwahl notwendig werden, findet sie am 29. November statt.

Die Linke Kyritz lädt alle Interessierten ein, die demokratischen Kandidierenden kennenzulernen, ihre Positionen zu hinterfragen und gemein-

sam über die Zukunft unserer Stadt zu diskutieren. Im Oktober stellen sich Sandra Meyer, Melanie Brandenburg und Hans Joachim Wilke in drei Vorstellungsveranstaltungen im Kyritzer LINKSeck vor.

Dabei soll es nicht bei kurzen Wahlkampfreden bleiben. Wir wollen wissen:

- Wie soll Kyritz finanziell handlungsfähig bleiben?
- Was muss für Schulen, Kitas, Familien und ältere Menschen getan werden?
- Wie können bezahlbares Wohnen und eine gute soziale Infrastruktur gesichert werden?
- Wie bleiben Innenstadt und Ortsteile lebendig?
- Welche Ideen gibt es für Wirtschaft, Tourismus und Arbeitsplätze?
- Wie können Bürgerinnen und Bürger stärker an Entscheidungen beteiligt werden?

Bringen Sie Ihre Fragen, Erfahrungen und Vorschläge mit. Sagen Sie, was in Kyritz gut läuft, wo es Probleme gibt und was sich ändern muss. Nur durch einen offenen Aus-

tausch können wir uns ein eigenes Bild machen und verantwortungsvoll entscheiden. Kommen Sie zu den Vorstellungsveranstaltungen, hören Sie zu, fragen Sie nach und diskutieren Sie mit!

Meine persönliche Einschätzung steht für mich bereits fest: Ich unterstütze Melanie Brandenburg. Diese Entscheidung beruht auf meiner eigenen Einschätzung und meinen persönlichen politischen Erfahrungen. Sie ist deshalb keine Vorgabe für Die Linke Kyritz und kann nicht an die Stelle einer gemeinsamen Entscheidung der Partei treten.

Die Linke ist eine demokratische Partei. Eine Unterstützung im Bürgermeisterwahlkampf muss von den zuständigen Gremien beraten und beschlossen werden. Dafür sollen zunächst die demokratischen Kandidierenden zu Wort kommen und sich den Fragen der Partei und der Bürgerinnen und Bürger stellen. Erst danach kann die Regionalversammlung abwägen, ob Die Linke eine Kandidatin oder einen Kandidaten unterstützt – und wenn ja, wen.



Unterschiedliche Einschätzungen und Argumente sollen dabei berücksichtigt werden. Eine gemeinsame Entscheidung entsteht also nicht durch die persönliche Empfehlung eines Einzelnen, sondern durch einen offenen Beratungsprozess und einen demokratischen Beschluss.

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einmischen. Nutzen Sie die Gelegenheit, die Kandidierenden direkt kennenzulernen und Ihre Stimme in die Diskussion einzubringen. Zuhören. Nachfragen. Mitreden. Abwägen. Demokratisch entscheiden.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

■ ■ Holger Kippenhahn

Wittstock nicht im Regen stehen lassen



Das Krankenhaus schließt. Die Nachfolgelösung ist nicht gesichert. Damit droht Wittstock ab 2027 eine medizinische Versorgungslücke. Das darf nicht passieren.

Seit mehr als einem Jahr planen Stadt, Landkreis, Universitätsklinikum Ruppiner-Brandenburg und weitere Partner

ein ambulant Arztzentrum als Übergang. Bis 2030 soll in der ehemaligen Tuchfabrik eine große Poliklinik entstehen. Das brandenburgische Gesundheitsministerium hatte Unterstützung zugesagt.

Das Vorhaben droht nun an fehlenden Kassenarztsitzen zu scheitern. Der Zulassungsaus-

schuss der KVBB hat nach Angaben von Landrat Ralf Reinhardt bislang nur halbe Arztsitze in Aussicht gestellt. Für die Interimslösung werden jedoch drei zusätzliche Sitze benötigt.

Die KVBB verweist auf „fehlenden Bedarf“. Stadt, Landkreis und die Initiative „Wittstock zeigt Gesicht“ halten das angesichts großer Entfernungen und der Bedingungen im ländlichen Raum für nicht vertretbar.

Der Kreistag hat sich in seiner Septembersitzung noch einmal mit den Stimmen der Linken klar für eine verlässliche Nachfolgelösung und ausreichende ambulante Versorgung ausgesprochen. Nun müssen auch Land und Kassenärztliche Vereinigung ihren Beitrag leisten.

Die Zeit drängt: Am 31. Dezember 2026 schließt die Klinik. Am 1. Januar 2027 muss die ambulante Versorgung funktionieren. Ein MVZ ohne ausreichende Zulassungen wäre keine Lösung.

Jetzt darf niemand die Verantwortung weiterreichen. Zwar vergibt das Land die Arztsitze nicht selbst. Doch Gesundheitsminister René Wilke muss alle Beteiligten an einen Tisch bringen und auf eine tragfähige Lösung drängen, damit nicht noch mehr Vertrauen in die Politik verloren geht.

Wittstock braucht keine weiteren Versprechen, sondern ab dem ersten Tag eine gesicherte medizinische Versorgung.

■ Ronny Kretschmer

Kunterbunt ist zurück – ein Haus für Kinder und Familien

Nach Jahren der Planung und einer langen Bauphase ist die Kita Kunterbunt in der Kyritzer Werner Straße zurück. Am 28. August wurde die neue Einrichtung offiziell eröffnet, seit dem 3. August nutzen die Kinder bereits ihre neuen Räume.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Rund 1.500 Quadratmeter des bisherigen Hortgebäudes wurden saniert, weitere 2.500 Quadratmeter für Kita, Krippe und Nachbarschaftshaus neu geschaffen. Auch die Außenanlagen wurden auf rund 5.500 Quadratmetern neu gestaltet.

Die Baukosten liegen bei rund 13,5 Millionen Euro, davon trägt die Stadt etwa 4,7 Millionen Euro selbst. Ein großer Teil wurde über die Städtebauförderung finanziert. Rund 70 Prozent der Aufträge gingen an Unternehmen aus Brandenburg, mit den angrenzenden Bundesländern waren es 95 Prozent.

Für Die Linke ist klar: Eine Kita ist keine bloße Ausgabe, sondern öffentliche Daseinsvorsorge und eine Investition in die Zukunft. Gute Betreuung schafft Verlässlichkeit für Familien und gibt Kindern Raum zum Spielen, Lernen und Aufwachsen.



Besonders emotional war die Eröffnung für Kita-Leiterin Carola Waap, die Ende des Jahres in den Ruhestand geht und „ihre“ Kunterbunt noch in das neue Haus begleiten durfte.

Nun beginnt der wichtigste

Teil: Die Kinder erobern die Kunterbunt. Und nach Jahren politischer Debatten zählt am Ende vor allem eine Frage: „Wo ist die Rutsche?“

■ Holger Kippenhahn

Positionspapier der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag: Gutes und bezahlbares Leben auf dem Land als Grundlage gelebter Demokratie umsetzen!

Ländliche Räume sind äußerst vielfältig, stehen aber vor gemeinsamen Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, wollen wir die öffentliche Daseinsvorsorge

durch ausreichende Kommunalfinanzien stärken, Strukturen des täglichen Lebens wie etwa Sparkassen, Post, Apotheken, Krankenhäuser und Praxen sichern und für alle

gut erreichbar machen, den öffentlichen Personenverkehr durch eine Mobilitätsgarantie verlässlich und bezahlbar machen, und die regionale Wirtschaft fördern.

Hier geht es zum Positionspapier:
https://www.dielinkebt.de/file-admin/user_upload/Positionspapier_Laendliche-Raeume.pdf

■ Thomas Domres

Kriegshysterie

In Deutschland wird seit Monaten immer mehr über eine russische Bedrohung spekuliert. Pistorius und Co. erklärten, dass bis Ende des Jahrzehnts Deutschland kriegstüchtig werden müsse. Nun frage ich mich, warum Russland darauf wartet, anstatt sofort gegen Deutschland vorzugehen. Wahrscheinlich wartet Putin auf einen Aufschwung der deutschen Rüstungsindustrie.

Eine völlig andere Meinung hat der Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa, Alexander Grynkewich, der auf der Luft- und Raumfahrtmesse ILA in Berlin erklärte, dass Russland keinen Konflikt mit NATO-Staaten suche. (Berliner Zeitung 11.6.26)

Moskau sei es bewusst, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis sei und über „eine Reihe asymmetrischer Vorteile“ verfüge. Deshalb werde Russland das Risiko eines Angriffs auf das NATO-Bündnis nicht eingehen, sagte Grynkewich.

Und dann wurde nach der desaströsen Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erklärt, dass die AfD ein Russland- und Freund Putins sei.

Nun hat sich Putin bei seinem Besuch in Indien vor Journalisten zur AfD-Wahl geäußert. (t-online 19.9.26) Putin sagte, dass die von ihm so bezeichneten „westlichen Globalisten“ für den Wahlerfolg der rechtsextremen AfD in

Sachsen-Anhalt und anderer Entwicklungen in Europa verantwortlich seien. (Man beachte, dass Putin von Rechts-extremisten spricht)

„Ich denke, dass alles, was derzeit in Europa passiert, im Grunde auf systematische Fehler des sogenannten Westens zurückzuführen ist – auf Fehler in Politik, Sicherheit und Wirtschaft“, sagte Putin zu den Journalisten.

Übrigens enthüllte die Financial Times am 15.9.26, dass es beim deutschen Verteidigungsministerium einen „Sonderstab Ukraine“ gibt. Die nur 20 Mitarbeiter umfassende Einheit unter Leitung von Brigadegeneral Kaschke arbeitet



äußerst „schnell und effizient“. Von der Ukraine gewünschte Waffen können schon innerhalb von 2 Wochen beschafft werden. Laut Financial Times werden alle in die Ukraine gelieferten Waffensysteme von Deutschland bezahlt.

■ ■ Achim Müller

Wehrdienst: Bundeswehr startet Zwangsmusterung für junge Männer

Auch 18-Jährige, die nicht zur Bundeswehr wollen, müssen jetzt damit rechnen, zur verpflichtenden Musterung eingeladen zu werden.

Überraschung für viele 18-jährige Männer, die gar nicht zur Bundeswehr wollen: Sie werden jetzt zur Zwangsmusterung eingeladen – auch wenn

sie im Fragebogen der Bundeswehr angegeben hatten, kein Interesse an einem Dienst in der Truppe zu haben. Das berichtete das

Bundesverteidigungsministerium in seiner aktuellen Bilanz zur Personalentwicklung.

■ ■ red.

Frauen zahlen weiterhin den Preis für ein ungerechtes System



Der Gleichstellungsreport Brandenburg 2025 zeigt: Geschlechterungleichheit ist kein individuelles Problem, sondern Folge politischer Entscheidungen. Frauen leisten weiterhin den größten Teil der unbezahlten Sorgearbeit, arbeiten häufiger in Teilzeit, verdienen weniger und haben schlechtere Chancen auf

ein existenzsicherndes Einkommen. Für rund die Hälfte der abhängig beschäftigten Frauen reicht das eigene Einkommen nicht für finanzielle Unabhängigkeit.

Besonders deutlich wird die Ungleichheit bei Eltern kleiner Kinder: Frauen nehmen in Brandenburg durchschnittlich 12,9 Monate Elternzeit, Männer nur 3,2 Monate. Bei der Arbeitszeit beträgt die Lücke zwischen Müttern und Vätern durchschnittlich 18,7 Stunden pro Woche. Das bedeutet weniger Einkommen, geringere Rentenansprüche und ein höheres Armutsrisiko – besonders für Alleinerziehende.

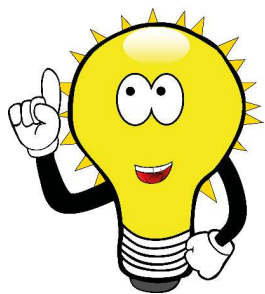
Auch in unserer Region verlassen junge Frauen ländliche Regionen überdurchschnittlich häufig. Wo gute,

tariflich bezahlte Arbeitsplätze, bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung, öffentlicher Nahverkehr und kulturelle Angebote fehlen, wird Bleiben zur sozialen und wirtschaftlichen Zumutung. Gleichstellung darf deshalb nicht bei Appellen stehen bleiben. Sie braucht politische Entscheidungen und ausreichende Finanzierung. Brandenburg muss die öffentliche Daseinsvorsorge stärken: Kitas und Schulen müssen verlässlich ausgestattet, Bus- und Bahnverbindungen ausgebaut sowie soziale und kulturelle Angebote gesichert werden. Frauen brauchen Zugang zu existenzsichernder Arbeit, Männer bessere Möglichkeiten, Sorgearbeit zu übernehmen.

Nötig sind gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, tarifliche Bezahlung, eine gerechte Verteilung der Sorgearbeit und soziale Absicherung für ein selbstbestimmtes Leben. Gleichstellung ist keine Ergänzung zur Sozialpolitik, sondern eine Frage von Einkommen, Zeit und Macht. Wer will, dass Menschen in Prignitz und OPR bleiben, muss ihnen echte Zukunftsperspektiven bieten. Sonst bleibt jede Rede von Fortschritt hohl.

Der vollständige Bericht, der im Juli 2026 veröffentlicht wurde, ist unter www.masgz.brandenburg.de abrufbar.

■ ■ Gerlinde Krahnert



Der rechte Rand -
Das antifaschistische Magazin
 Seit 1989 erscheint »der rechte rand« alle zwei Monate mit

Medien, die schlau machen

Berichten, Hintergrundrecherchen und Analysen. Man findet hier alles über rechte Parteien, Kameradschaften, Institutionen, Denkfabriken und Webportale, Magazine und Verlage, Musikbands und Label, Aufmärsche und Tagungen, Themen und Kampagnen – in der Bundesrepublik sowie international.

Wem das Abo zu teuer ist (25€ im Jahr), oder die regelmäßige Beschäftigung zu viel, kann ältere Ausgaben online lesen oder über die Suchfunktion gezielt nach Themen suchen.

<https://www.der-rechte-rand.de/>

■■ red.

Kyritz: Zukunft gestalten



Soziale Arbeit braucht Verlässlichkeit, Städte brauchen Zukunftsperspektiven. Das wurde beim Wahlkreisbesuch der Bundestagsabgeordneten Christin Willnat in Kyritz deutlich. Beim Ostprignitz-Jugend e.V., der seit 1993 Kinder und Jugendliche begleitet, ging es um die schwierige Situation freier Träger. Geschäftsführerin Rita Büchner kritisierte

die immer kürzeren Förderperioden: Kaum sei ein Projekt finanziert, müsse bereits die nächste Förderung beantragt werden. Für kontinuierliche Jugendarbeit seien jedoch langfristig gesicherte Strukturen notwendig. Wie Stadtentwicklung gelingen kann, zeigte anschließend die Baustelle des ehemaligen Franziskanerklosters.

Bis 2028 entsteht dort ein Kultur- und Bildungszentrum mit Bibliothek, Museum, Veranstaltungsräumen und geplanter Kunstschule.

Auch die neue Kita Kunterbunt in Kyritz-Nord setzt einen Akzent. Nach zweieinhalb Jahren Bauzeit bietet sie Kindern moderne Räume, eine Mensa und großzügige Außenanlagen. Die geplante Öffnung der Mensa für die Öffentlichkeit soll zusätzlich zur Belebung des Stadtteils beitragen. Kyritz zeigt: Wer gute Lebensbedingungen schaffen will, muss in soziale Infrastruktur, Bildung, Kultur und die Menschen vor Ort investieren.

■■ Christian Richter

Kinder- und Familienfest



„Wir freuen uns riesig, dass gelungen ist, vielen Kindern ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern“ sagt der Stadtvorsitzende der Linken, Beni Kurz, über das diesjährige Kinder- und Familienfest des Stadtverbandes Neuruppin. Bei bestem Wetter kamen am Samstag, den 12. September,

über 200 Menschen in das Stadtteilzentrum Krümelkiste. Darunter waren neben jüngeren und älteren Kindern sowie deren Eltern auch zahlreiche Senior:innen aus dem Quartier. Die Kinder hatten viel Spaß mit den Fahrzeugen und Spielsachen des Kreissportbundes, auf der Hüpfburg und in der Kreativecke der Krümelkiste, beim Kinderschminken mit Jeanette Heene oder dem Mitmachzirkus Gaukler-Kids von ESTAruppin. Ein weiterer Höhepunkt war die Tanzaufführung der Beatments Dance Company aus Neuruppin. Anschließend konnten Interessierte direkt mittanzen. Auch für das leibliche Wohl war gesorgt mit zahlreichen

von Genoss:innen gebackenen Kuchen, regulären und veganen Bratwürsten, Slushi-Eis sowie einer Zuckerwatte-Station, die von der Leiterin des Mehrgenerationenhauses, Silvana Münch, bedient wurde. Bedanken möchte sich der Stadtverband bei allen Partner:innen, insbesondere dem Team der Krümelkiste, und bei den Mitgliedern des Stadtverbandes für ihr Engagement. Habt tausend Dank liebe Genoss:innen für Eure tatkräftige Unterstützung beim Verteilen der Flyer und Poster, für die köstlichen Kuchenspenden, das Mitpacken in den Tagen und Wochen zuvor sowie vor Ort!

■■ red.

Termine

04.11.// 09-12 Uhr

1-Euro-Frühstück, Geschäftsstelle Wittstock, Burgstraße 27

06.11.// 09-11 Uhr

Infostand, Marktplatz Kyritz

14.10. und 11.11.// 18 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes Die Linke OPR, Schinkelstr. 13, Neuruppin

08.10. und 12.11.// 19 Uhr

Beratung des Regionalverbandes Rheinsberg-Lindow Fachgeschäft für Demokratie, Rheinsberg, Schlossstraße 20

10.10. und 14.11.// 14 Uhr

PRÜF-Demo, Alter Markt, Potsdam

10.10.// 10-16.00 Uhr

Dorfwerkstatt: Klimaanpassung in der Prignitz, Gleis 1, Am Bahnhof, 19322 Wittenberge,

14.11.// 10-14 Uhr

Ges.-Mitgliedervers. Die Linke OPR, Schloßgarten Cafe Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 81

Jeden 2. Dienstag // 16-18 Uhr

Schinkelstr. 13, Neuruppin Beratung zu Fragen zur Rentenversicherung durch den Ehrenamtlichen Versicherten-ältesten Uwe Dröbeler

Termine unter:

0151/27551564

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR, Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

www.dielinke-opr.de
www.dielinke-prignitz.de

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer Satz und Layout: Jürgen Schubert

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen, nicht unbedingt die von Redaktion und Herausgeberin, wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.
redaktionml@dielinke-opr.de

Spendenkonto für Druckkosten:
 DE47 1606 1938 0001 6323 61
 Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG